

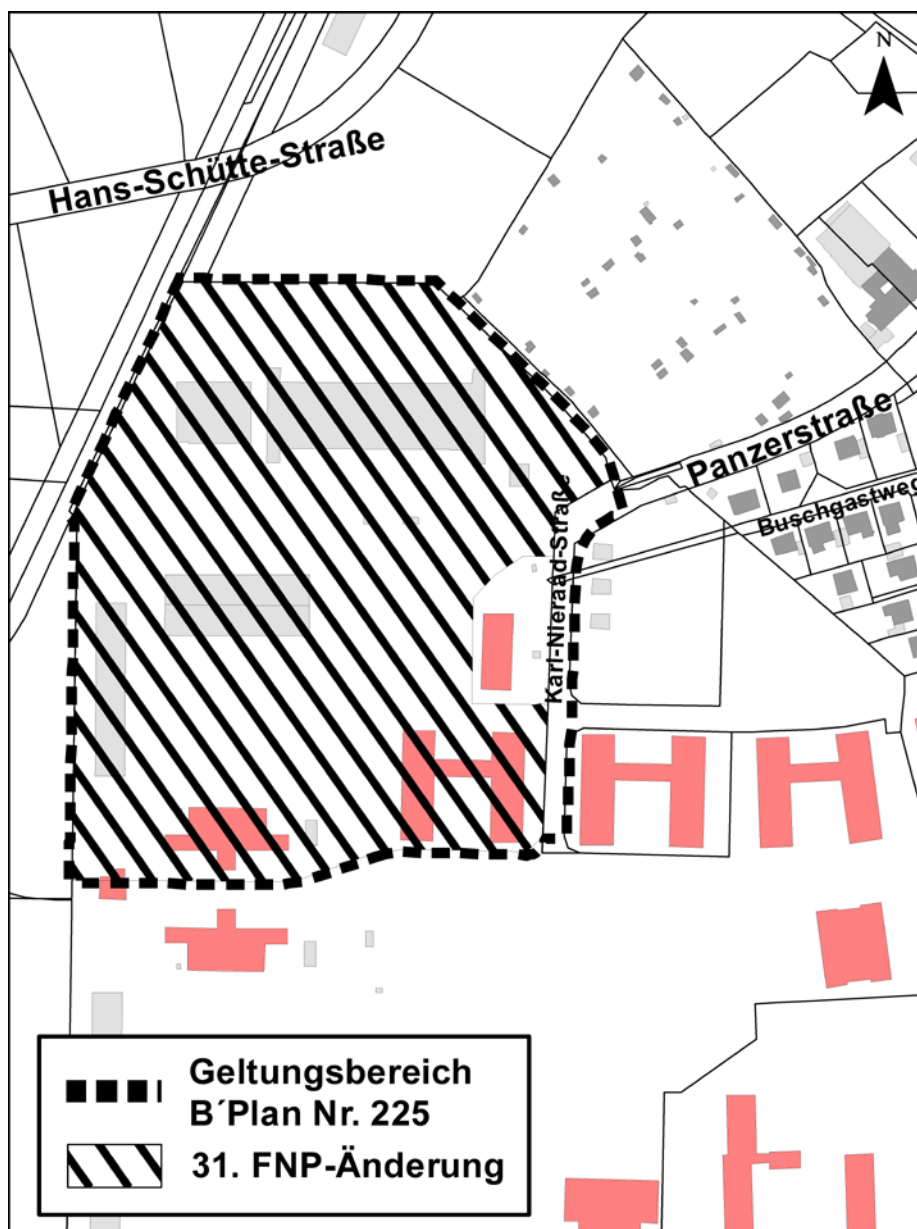
Amtliche Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 225 sowie 31. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel

Die vom Rat der Stadt Varel in seiner Sitzung am 29.03.2017 beschlossene 31. Änderung des Flächennutzungsplanes ist mit Verfügung des Landkreises Friesland (Az.: 61.20.02/31. FNP Änd.) vom 27.04.2017 genehmigt worden. In dieser Sitzung hat der Rat der Stadt Varel auch den Bebauungsplan Nr. 225 als Satzung beschlossen.

Die Plangebiete der Bauleitpläne befinden sich im Bereich der ehemaligen Friesland-Kaserne nördlich des Vareler Waldes, südlich der Hans-Schütte-Straße und westlich der Panzerstraße/Karl-Nieraad-Straße.

Die Plangebiete können dem folgenden Lageplan entnommen werden:



Die Bauleitpläne nebst Begründungen und zusammenfassenden Erklärungen können gem. § 10 Abs. 3 und § 6 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) im Fachbereich Planung und Bau der Stadt Varel, 26316 Varel - Langendamm, Zum Jadebusen 20, Zimmer 011, während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Die Bauleitpläne werden mit dem Tag der Bekanntmachung wirksam.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes, sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs dann unbeachtlich sind, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Inkrafttreten schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die Verletzung von Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Sätze 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung von Planungsschadenersatzansprüchen durch Antrag an den Entschädigungspflichtigen im Fall der in den §§ 39-42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile sowie auf das nach § 44 Abs. 4 BauGB mögliche Erlöschen der Ansprüche, wenn der Anspruch nicht innerhalb einer Frist von drei Jahren gestellt wird, wird hingewiesen.

26316 Varel, 29.05.2017

**S t a d t V a r e l
Der Bürgermeister
Im Auftrag
gez. Kreikenbohm**